

Antrag E01: Nein zur Wehrpflicht!

Antragsteller*in:	DGB-Bundesjugendausschuss
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

- 1 Der DGB ist und bleibt antimilitaristisch. Wir setzen uns gegen jede Militarisierung
2 unserer Gesellschaft ein. Unser Handeln steht im Geiste der Friedensbewegung unter
3 dem Motto „Nie wieder Krieg!“
- 4 Krieg und die Vorstellung davon dürfen nicht normalisiert werden. Frieden ist und
5 bleibt das Ziel gewerkschaftlicher Politik und muss das Ziel des Staates sein.
- 6 Unsere Haltung bleibt klar: Der DGB lehnt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und
7 des Zivildienstes sowie die Einführung anderer Pflichtdienste für junge Menschen ab.
8 Bestehende rechtliche Möglichkeiten zum Pflichtdienst oder zur Arbeitspflicht müssen
9 abgeschafft werden. Jede Form der Wehrerfassung lehnen wir ebenfalls ab.
- 10 Es besteht die Gefahr, dass verpflichtende Ersatzdienste zur Umgehung struktureller
11 Probleme im Sozial- und Pflegebereich genutzt werden. Das unterwandert bestehendes
12 Fachpersonal und darf nicht für die Beschaffung billiger Arbeitskräfte missbraucht
13 werden. Insbesondere der Einbeziehung von Frauen in eine Dienstpflicht erteilt der
14 DGB eine klare Absage, solange Frauen nachweislich mehr unbezahlte Sorgearbeit für
15 die Gesellschaft leisten als Männer (und auch im Erwerbsleben benachteiligt sind).
- 16 Wir wollen eine Bundeswehr, die Verteidigungsarmee ist. Sie muss ausschließlich die
17 Aufgabe haben, Deutschland und unsere Bündnispartner*innen zu schützen. Der DGB
18 positioniert sich strikt gegen die Präsenz von Bundeswehr und Militär an Schulen,
19 Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Wir lehnen den Einsatz von sog.
20 „Jugendoffizier*innen“ und allgemein jeden Werbe-versuch für die Bundeswehr an
21 Schulen strikt ab.
- 22 Auch ein freiwilliger Wehrdienst belastet insbesondere junge Menschen aus Haushalten
23 mit geringem Einkommen. Für sie scheint der Dienst eine attraktive Alternative zu
24 einer Ausbildung zu sein, die sie sich finanziell nicht leisten können. Doch ohne
25 abgeschlossene Berufsausbildung steigt das Risiko, später in prekäre Beschäftigung zu
26 geraten. So verstärkt selbst ein freiwilliger Dienst soziale Ungleichheit. Dagegen
27 bedarf es einer Priorisierung von beruflicher Bildung: Junge Menschen, die freiwillig
28 als Soldat*in in der Bundeswehr dienen möchten, müssen persönlich davon profitieren.
29 Ihre berufliche Ausbildung muss während der Dienstzeit fortgesetzt oder gestärkt
30 werden, bspw. durch die Weiterführung von begonnener Ausbildung oder durch
31 Weiterqualifizierung. Die persönliche Entwicklung als kritische*r Bürger*in in der
32 Demokratie muss in den Fokus genommen werden. Die Bundeswehr soll ein demokratischer
33 Ort frei von Diskriminierung sein. Soziale und politische Bildung müssen elementarer
34 Teil des Dienstes sein.
- 35 Konkret fordert der DGB:
- 36 • Sicherstellung, dass junge Menschen ihre Lebens- und Berufsplanung
37 selbstbestimmt gestalten können: Keine Wiedereinführung der Wehrpflicht und

- 38 keine Einführung von Pflichtdiensten.
- 39 • Fachkräftemangel in betroffenen Branchen strukturell angehen und mit guter
40 Ausbildung zukunftsfähig werden, anstatt mit Wehr- und Dienstpflichten das
41 Problem zu vertagen. Eine Dienstpflicht hilft weder im Sozial- und Pflegebereich
42 noch in anderen Branchen – sie verschärft den Fachkräftemangel sogar in anderen
43 Bereichen.
- 44 • Die Bundeswehr muss eine reine Verteidigungsarmee sein.
- 45 • Die Entscheidungsfreiheit bei Ausbildungswahl und persönliche Entwicklung zu
46 mündigen und kritischen Bürger*innen für junge Menschen in den Mittelpunkt zu
47 stellen.